

## **Entschließungsantrag** **der Fraktion der SPD**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung**  
**– Drucksachen 13/10075, 13/10402, 13/10694 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die von Indien durchgeführten Atomtests bedeuten eine Erschütterung für das internationale Regime zur Nichtverbreitung von Atomwaffen. Indien hat mit diesen Tests eine weltweit akzeptierte Hemmschwelle überschritten. Die Gefahr, daß sich andere atomare Schwellenländer ermutigt fühlen könnten, dem indischen Schritt zu folgen, ist größer geworden. Die Risiken nuklearer Proliferation sind gestiegen.

Der Deutsche Bundestag

1. bedauert zutiefst die Entscheidung der indischen Regierung, atomare Waffen zu bauen und zu testen. Er mißbilligt ausdrücklich die durchgeführten Atomversuche und drückt seine ernste Besorgnis über die Anspannung der politischen Lage in der Region aus;
2. fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß Indien auf weitere Atomversuche verzichtet und den Vertrag über das Verbot von Atomwaffentests (CTBT) unterzeichnet;
3. fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß Indien auf die geplante Ausrüstung von Raketen und anderen Trägersystemen mit nuklearen Sprengköpfen verzichtet;
4. fordert die Bundesregierung auf, gegenüber Pakistan initiativ zu werden, damit dieses Land nicht mit eigenen Nukleartests auf die indischen Atomversuche reagiert;

5. unterstreicht seine Auffassung, daß die internationalen Bemühungen zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte zwischen Indien und Pakistan intensiviert werden müssen;
6. appelliert an die internationale Staatengemeinschaft, sich verstärkt für den Beitritt derjenigen Staaten zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) einzusetzen, die ihn bislang nicht gezeichnet haben;
7. fordert die Atommächte auf, ernsthafte Verhandlungen über die Abrüstung von Nuklearwaffen aufzunehmen bzw. fortzusetzen.

Bonn, den 27. Mai 1998

**Rudolf Scharping und Fraktion**